

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Roland Jakob, SVP): Stopp dem rechtsfreien Raum Reithalle!

Es vergeht praktisch keine Woche ohne gravierende Vorfälle im Raum Reithalle: Ständig werden insbesondere die patrouillierenden Fahrzeuge der Polizei bei der Reithalle mit Gegenständen beworfen und die Polizei wird bei ihrer gesetzlichen Aufgabe gehindert. Sei es, dass in die Reithalle flüchtenden Drogenhändler geschützt werden oder verummte Randalierer sich dem Zugriff entziehen können, weil die Polizeibeamten nur mit massiven Mitteln in die Reithalle eingreifen können. Letztes Wochenende war wieder einmal das Amtshaus Ziel eines Farbankschlages. Dies geht jedenfalls aus einem anonymen Eintrag auf der linksautonomen Indymedia.org Website hervor. Die operative Bedeutung der Reithalle für Straftäter ist damit wieder einmal exemplarisch aufgezeigt:

„Wir wollen ein Leben ohne Grenzen und Staaten, die bestimmen, wo wir uns aufhalten dürfen, wie wir uns verhalten müssen, wovon wir leben und welchen Preis wir dafür zahlen: Ein Leben frei von Herrschaft. Da wir in einer Welt leben, in der Menschen unterdrückt und eingesperrt werden, entscheiden wir uns für den Angriff. Das Ziel unserer Wut ist jede Institution und alle Akteure, welche Teil dieser Ordnung sind und die Herrschaft aktiv unterstützen und erhalten. Auf dem Weg zurück haben wir die Polizei (in Kasten- und Zivilwagen) gekreuzt und konnten dadurch einen weiteren, nicht unbedeutenden Akteur dieses Herrschaftssystems mit Flaschenwürfen versehen. Knäste zu Baulücken! Für ein selbstbestimmtes Leben!“

Die für den Anschlag verantwortliche Gruppe konnte sich laut Medienangaben (vgl. Bund; Berner Zeitung online vom 9.11.2014 und Medienmitteilung der Kantonspolizei <http://www.police.be.ch/>) beim Anblick der Polizei – wie gewohnt – in die Reithalle zurückziehen. Aber auch die kommerziellen Veranstaltungen in der Reithalle in der grossen Halle werden angegriffen und verunmöglicht. Ammonit ein Eventveranstalter sah sich deshalb bereits vor längerer Zeit veranlasst, die Verträge zu kündigen. Am 24.10.2014 wurde die Party „We love Techno“ von Verummten überfallen, die Kasse wurde dabei gestohlen, die Mitarbeiter der Bar mit Harassen beworfen und der Alkohol unter die Besucher „verteilt“. Diesmal musste keine (entwendete) Fahne als Zahlungsmittel verwendet werden. Obwohl dem anderen Mieter (Grossen Halle) der vorgesehenen Gebrauch der Mietsache durch Terroraktionen nahezu verunmöglicht wird und trotz der früheren Vorfälle (Kündigung von Ammonit wegen unzumutbarer Verhältnisse vgl. oben) wurde der Leistungsvertrag von der Stadt wiederum als eingehalten angesehen. Die Motionäre befürchten, dass auch die neusten Ereignisse keine Konsequenzen haben werden. Das bisherige Sicherheitskonzept und das Krisentelefon haben offensichtlich die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen können.

Die Motionäre fordern deshalb den Gemeinderat zu folgenden Massnahmen auf:

1. Der Gemeinderat habe unverzüglich die nötigen Sofortmassnahmen einzuleiten, damit die Betreiber und Besucher der grossen Halle vor den Anschläge geschützt werden und die Durchführung auch kommerzieller Anlässe in der grossen Halle weiterhin möglich ist.
2. Der Gemeinderat habe unverzüglich die nötigen Sofortmassnahmen einzuleiten, damit die im Raum Reithalle patrouillierenden Polizeifahrzeuge und die Passanten besser vor Aktionen aus dem Raume Reithalle geschützt werden.
3. Der Gemeinderat habe angesichts der neusten Vorfälle ein verbessertes Sicherheitskonzept mit der Reithalle/IKUR vorzulegen, das insbesondere den folgenden Gegebenheiten Rechnung trägt:
 - a. Ermöglichung von weiterhin kommerziellen Anlässen in der grossen Halle;
 - b. Verhinderung von Anschlägen auf patrouillierenden Polizeibeamte und Passanten;
 - c. Sicherstellung, dass die Polizei jederzeit in die Reithalle gehen kann;

- d. Vorhandensein eines effizienten Sicherheitsdienstes, der die polizeiliche Arbeit nicht behindert, sondern die den privaten Sicherheitsdiensten obliegenden Verpflichtungen zur ordnungsgemässen Zusammenarbeit mit den Polizeidiensten einhält;
 - e. klare greifbare Sanktionen im Falle der Widerhandlungen (Kürzung Subventionen, Kündigung Leistungsverträge, Schliessung Reithalle als Ultima Ratio).
4. Der Gemeinderat habe im Rahmen der bestehenden Leistungsverträge mit der IKUR die notwendigen Massnahmen einzuleiten, damit eine sofortige Kündigung aus wichtigem Grund ohne Verzug möglich wird.
 5. Die Stadt habe die Verlängerung der Leistungsverträge, eine Subventionskürzung und die Frage der sofortigen Kündigung der Leistungsverträge mit der IKUR von dem Abschluss eines verbesserten Sicherheitskonzeptes mit der IKUR abhängig zu machen.

Begründung der Dringlichkeit

Die gravierenden Vorfälle im Umfeld der Reithalle häufen sich. Die Beschwichtigungen des Gemeinderates und der IKUR haben nichts gebracht. Selbst die Besucher der grossen Halle sind bei kommerziellen Anlässen konkret gefährdet. Die Stadt als Vertragspartnerin der IKUR und der Grossen Halle muss nun umgehend die nötigen Massnahmen einleiten, um die Besucher der grossen Halle aber auch die patrouillierenden Polizeibeamten und Passanten zu schützen. Ein längeres Zuwarten kann infolge der sich akzentuierenden Probleme und der Gefährdung nicht verantwortet werden.

Bern, 13. November 2014

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat, Manfred Blaser, Ueli Jaisli, Simon Glauser, Kurt Rügsegger

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Es kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Für den Gemeinderat ist die immer wieder auftretende Gewalt im Umfeld der Reitschule, des Vorplatzes und der Schützenmatte unhaltbar und inakzeptabel. Der Gemeinderat teilt die Auffassung der Motionäre, dass die Sicherheitssituation im Perimeter der Reitschule nachhaltig verbessert werden muss. Leider blieb die Sicherheitssituation auch im 2014 angespannt. Nach wie vor gab es zahlreiche Angriffe auf die Polizei. Es gab auch Würfe von Flaschen bzw. anderen Gegenständen auf den Moonliner, die Sanität und einen Zug der SBB. Es kam zu Barrikaden auf der Schützenmatte, Angriffen auf Verkehrsteilnehmende, Stürmungen und Sachbeschädigungen in den Räumen der IKuR und Grossen Halle. Im Herbst wurde der Lunapark „Schütz“ angegriffen. Im Februar 2015 dehnten sich die gewaltsamen Angriffe auf die Polizeiwache in der Innenstadt aus. Der Gemeinderat verurteilt solche Übergriffe und Gewalt auf Polizei und Dritte aufs Schärfste!

Dem Gemeinderat ist bewusst, dass die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) nicht für alle Vorfälle auf dem Vorplatz und auf der Schützenmatte verantwortlich gemacht werden kann. Bei der Isolierung von gewalttätigen Personen steht aber nebst der Polizei auch die IKuR in der Pflicht. Dass sich gewalttätige Personen immer wieder auf den Vorplatz oder in die Reitschule zurückziehen können, gefährdet sowohl den Kulturauftrag als auch die Existenz der Reitschule an sich. Entsprechend erwartet der Gemeinderat, dass sich die IKuR unmissverständlich und konse-

quent von gewalttätigen Angriffen auf die Kantonspolizei und Dritte distanziert und sich in der Öffentlichkeit zur Gewaltfreiheit bekennt. Nach den Angriffen von Ende Februar 2015 auf die Polizeiwache hat die Stadtregierung die IKuR an ihr eigenes Manifest erinnert, in welchem die Reitschule Gewaltfreiheit zur Maxime erklärt. Der Gemeinderat hat die IKuR aufgefordert, dieser Maxime nachzuleben.

Zu Punkt 1:

Nach der Stürmung der Grossen Halle durch verummte Personen hat die Stadt Bern das Gespräch mit dem Veranstalter, der Grossen Halle und der IKuR gesucht. Der Gemeinderat bedauert, dass die IKuR den dringenden Gesprächsbedarf für eine Sitzung am 19. Dezember 2014 nicht erwidert hat. Zurzeit wartet der Gemeinderat auf Ergebnisse aus bilateralen Gesprächen zwischen der IKuR und Grossen Halle. Der Gemeinderat stützt das Konzept der Grossen Halle, wonach diese auch kommerzielle Veranstaltungen organisiert und durchführt. Er erwartet, dass dies auch von der Nachbarin IKuR respektiert wird. Die Zusammenarbeit zwischen der IKuR und Grossen Halle wird Bestandteil der neuen Leistungsverträge mit der IKuR und Grossen Halle sein. Ein längerfristiger Weiterbetrieb der Kulturräume Reitschule und Grosse Halle inklusive die dafür nötigen baulichen Investitionen werden davon abhängen, ob die Zusammenarbeit von allen Parteien ernst genommen und der Sicherheit grössere Beachtung als heute beigemessen wird.

Zu Punkt 2:

Der Gemeinderat unterstützt sämtliche polizeilichen Massnahmen, um Angriffe auf die Polizei zu unterbinden, gewalttätige Personen anzuhalten und der Justiz zu überführen. Dem Gemeinderat fehlen allerdings die Instrumente, um solche Angriffe zu unterbinden bzw. zu sanktionieren. Er würde es begrüssen, wenn Gewalttäter gefasst und der Justiz zugeführt werden könnten. Der Gemeinderat ist sich aber auch bewusst, dass Polizeieinsätze bei voller Belegung des Vorplatzes unter dem Aspekt der Verhältnismässigkeit schwierig durchzuführen sind.

Seitens Reitschule wurden und werden Hausverbote gegenüber gewaltbereiten Personen ausgestellt. Auch hat die Reitschule bereits vor einigen Jahren das sogenannte „Wellness-Team“ eingeführt, welches auf dem Vorplatz regelmässig präsent ist, Streitereien schlichtet und bei Gewaltvorfällen interveniert. Diese Bestrebungen sind aus Sicht des Gemeinderats jedoch nicht ausreichend. Es gelingt gewaltbereiten Gruppen immer wieder, sich auf den Vorplatz oder in die Reitschule zurückzuziehen. Er erwartet, dass sich die IKuR unmissverständlich und konsequent von gewalttätigen Angriffen auf die Kantonspolizei und Dritte distanziert und sich in der Öffentlichkeit zur Gewaltfreiheit bekennt. Ausserdem erwartet der Gemeinderat, dass die Polizei bei ihren Einsätzen vom Sicherheitsdienst der Reitschule nicht behindert und bei strafbaren Handlungen beigezogen wird. Ebenso ist der Gemeinderat überzeugt, dass sich die IKuR als Betreiberin des grössten Jugendklubs in Bern verstärkt mit dem Thema Gewalt und Gewaltprävention auseinandersetzen und konkrete Massnahmen treffen muss.

Zu Punkt 3:

Zu Buchstaben a und b wurde bereits im Rahmen der Antworten zu Punkten 1 und 2 Stellung bezogen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die Polizei sich bei Bedarf Zutritt in die Reitschule verschaffen kann, dass in solchen Situationen aber eine Eskalation der Situation nicht selten ist. Für den Gemeinderat darf die Reitschule kein rechtsfreier Raum sein. Er erwartet, dass der Sicherheitsdienst der IKuR bei sicherheitsrelevanten Vorfällen mit der Polizei kooperiert und diese nicht behindert. Diese Zusammenarbeit ist auch für Akzeptanz des Kulturbetriebs Reitschule in der Bevölkerung und Politik wichtig. Sollte sich diese wünschbare und notwendige Zusammenarbeit nicht verbessern, ist es für den Gemeinderat nicht ausgeschlossen, die Frage eines Wechsels der Trägerschaft für den Kulturbetrieb zu stellen.

Zu Punkt 4:

Die aktuellen Problembereiche sind durch den geltenden Leistungsvertrag und die Vereinbarung rechtlich kaum fassbar. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, im neuen Leistungsvertrag juristisch griffige Instrumente zu integrieren, um auf ungenügende Sicherheitsvorkehrungen und Gewaltvorfälle auf dem Vorplatz entsprechend zu reagieren.

Zu Punkt 5:

Auch der Gemeinderat misst dem Sicherheitskonzept, welches vom Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland auf Anfang Januar 2015 in Kraft gesetzt wurde, grösste Bedeutung zu. Das Sicherheitskonzept und dessen Umsetzung soll per Ende 2015 evaluiert werden. Bis dann wird sich auch zeigen, ob die der Reitschule gewährten Erleichterungen im Vergleich zu anderen Sicherheitskonzepten aufrecht erhalten oder rückgängig gemacht werden. Der Gemeinderat wird die Entwicklung eng begleiten und dem Stadtrat im Rahmen des Prüfungsberichts über die Erfahrungen in der Umsetzung des Sicherheitskonzepts berichten.

Schlussbemerkung:

Angesichts der Tatsache, dass die Kredite zu den Leistungsverträgen mit der IKuR und der Grossen Halle dem Stadtrat in einer 2. Tranche unterbreitet werden und angesichts der klaren Erwartung des Gemeinderats, dass sich die Sicherheitssituation im Bereich der Reitschule zu verbessern hat, schlägt der Gemeinderat vor, die vorliegende Motion in ein Postulat umzuwandeln. Dies erlaubt, den Stadtrat in einem Jahr erneut über die Situation zu orientieren.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 29. April 2015

Der Gemeinderat